
Bericht der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP) für die Zeit vom 16.6.53 bis 22.6.1953, 18.00 Uhr [Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953], undatiert

Zusammenfassung

Der Bericht der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP) über die Ereignisse in der DDR zwischen dem 16. und 22. Juni 1953 schildert die erste Volkserhebung im kommunistischen Machtbereich nach dem Tode des sowjetischen Diktators Josef Stalin. In der vier Jahre zuvor gegründeten DDR waren damals Hunderttausende Menschen spontan auf die Straße gegangen und hatten für den Rücktritt der Regierung und freie Wahlen demonstriert. Nur durch das Eingreifen der in Deutschland stationierten sowjetischen Truppen konnte der Aufstand niedergeschlagen werden. Das Dokument faßt die Ereignisse zusammen und beziffert das Ausmaß der Erhebung sowie der anschließende Repressionswelle – eine Bilanz, die trotz ihres bürokratischen Duktus und der ideologischen Verzeichnung deutlich macht, wie machtvoll der Volksaufstand gegen die SED-Diktatur im Juni 1953 war. Zweifellos gehört der Aufstand, auch wenn er scheiterte, in die Reihe der großen demokratischen Erhebungen in Deutschland.

Einführung

Während die Ereignisse im Juni 1953 in der DDR früher nur auf der Basis von Augenzeugenberichten untersucht werden konnten, hat die historische Forschung seit dem Sturz der SED-Herrschaft Zugang zu umfangreichen schriftlichen Quellenbeständen bekommen: Akten der Polizei, des Ministeriums für Staatssicherheit, der SED, der Gewerkschaften, der so genannten Blockparteien und andere bis 1989 streng verschlossene Archivalien. Das hier veröffentlichte Dokument ist nur eines von Hunderten, die den Ablauf des Volksaufstandes in der DDR rekonstruieren helfen. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil es einen vergleichsweise detaillierten Überblick über die Vorgänge in Ost-Berlin und den 14 DDR-Bezirken gibt und umfangreiches Zahlenmaterial enthält, das das Geschehen am 17. Juni quantifiziert: die Menge der Demonstranten (335 200) und der Streikenden (225 620), die Anzahl der erschossenen Demonstranten (14) und Sicherheitsbeamten (6), die Zahl der gestürzten Gebäude (125) und der befreiten Gefangenen (1 297), die Massenverhaftungen nach der Niederschlagung (6 057 Festgenommene bis zum 22. Juni), denen vor allem Arbeiter zum Opfer fielen – entgegen allen politischen Verlautbarungen, daß "faschistische Agenten" aus dem Westen den Aufstand angezettelt hätten.

Dokumente wie dieses haben das Bild vom Volksaufstand in der DDR in den letzten Jahren erheblich verändert. Anders als es die ikonografischen Fotos vom Aufmarsch der sowjetischen Panzer in Berlin suggerieren, gab es Streiks und Demonstrationen keineswegs nur in der geteilten deutschen Hauptstadt. In nahezu allen größeren Städten der DDR kam es am 17. Juni oder später zu Protesten, die oftmals sogar entschlossener verliefen als in Berlin. In Halle, Bitterfeld und Görlitz hatten die Demonstranten praktisch bereits die Macht übernommen. In Städten wie Magdeburg,

Brandenburg oder Jena stürmten sie gut bewachte Polizeipräsidien und Gefängnisse, um die zahlreichen politischen Gefangenen in der DDR zu befreien. In Leipzig, Gera und vielen kleineren Orten entwickelten sich die Streiks binnen Stunden zum Volksaufstand, in dessen Verlauf Parteizentralen und Rathäuser besetzt wurden. In den meisten Großbetrieben bildeten sich Streikkomitees, die einen umfangreichen Katalog mit sozialen und politischen Forderungen aufstellten und an die Arbeiter- und Soldatenräte anderer Revolutionen erinnern. Selbst auf dem Lande kam es in mehreren hundert Ortschaften zu Versammlungen, Streiks, Demonstrationen oder Besetzungen, die – in der direkten Konfrontation mit lokalen Funktionären – teilweise einen radikaleren Charakter annahmen als in den Städten und Assoziationen an längst vergangene Bauernerhebungen wecken.

Der flächendeckende Charakter der Proteste, die Beteiligung breiter sozialer Schichten und die weitreichenden politischen Forderungen ("Freie Wahlen", "Nieder mit der Regierung!", "Weg mit Ulbricht!", "Freilassung aller politischen Gefangenen" etc.) haben nicht nur das in Westdeutschland zeitweise gezeichnete Bild eines reinen "Arbeiteraufstands" korrigiert. Sie machen auch deutlich, daß in der DDR im Juni 1953 zweifellos eine Art vorrevolutionäre Situation herrschte. Daß der Funke eines harmlos beginnenden Bauarbeiterstreiks am 16. Juni in Berlin ohne irgendeine organisatorische Vorbereitung oder Struktur einen solchen Flächenbrand auslöste, ist anders nicht zu erklären. Zeitgenössische Einschätzungen, daß die SED und ihr Parteichef Walter Ulbricht in der Bevölkerung damals so verhaßt waren, daß ihre Herrschaft nur durch das Eingreifen der sowjetischen Truppen gerettet werden konnte, haben sich dadurch bestätigt.

Der Zugang zu den DDR-Archiven hat dabei auch in jüngster Zeit immer wieder neue, bislang unbekannte Protestaktionen ans Tageslicht gefördert. Während auf der zentralen Ebene – in diesem Fall die Hauptverwaltung der ostdeutschen Volkspolizei – oft nur ein grobes, holzschnittartiges Bild der Situation gezeichnet wird, enthalten die Aufzeichnungen aus den Bezirken, Kreisen, Gemeinden und Betrieben oft ungleich detailliertere Informationen. Deutlich wird dabei nicht nur, daß die Proteste noch umfassender waren, als in den zentralen Dokumenten erkennbar, sondern daß sie sich auch keineswegs auf den 17. Juni 1953 beschränkten. Schon seit Anfang Juni war es in den Betrieben vielmehr zu spontanen Protestversammlungen und kleineren Streiks gekommen. Trotz Verhängung von Ausnahmezustand und Kriegsrecht sowie mehrerer demonstrativer Hinrichtungen hielten die Proteste auch nach dem Eingreifen der sowjetischen Truppen noch länger an. Im Juli kam es in über 70 Orten erneut zu Streiks, bei denen es vielfach um die Forderung nach Freilassung der verhafteten Arbeiter ging. Auf dem Lande traten bis Oktober 1953 mehr als 20.000 Mitglieder aus den von der SED erzwungenen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) aus. Es dauerte Monate, bis sich die SED-Herrschaft wieder gefestigt hatte.

Vor diesem Hintergrund stellen auch die in dem Dokument genannten Zahlen nur eine erste Momentaufnahme dar. In Wirklichkeit haben sich, wie neuere Forschungen ergaben, über eine Million Menschen an den Protesten im Juni 1953 beteiligt. Etwa 500.000 Beschäftigte traten am 17. Juni in den Streik, mehr als 400.000 nahmen an Aufmärschen teil. Demonstranten erstürmten über 140 Gebäude – darunter 13 Polizeigebäude, acht SED-Zentralen, sechs Gewerkschaftshäuser, 14 Bürgermeistereien und elf Kreisverwaltungen. Aus über 700 Städten und Gemeinden, davon 14 Großstädte, sind Protestaktionen belegt. Am 18. Juni beteiligten sich in 16 Orten immer noch rund 44.000 Menschen an den inzwischen lebensgefährlichen Demonstrationen. Aber auch die Zahl der Festnahmen war erheblich höher, als in dem Dokument angegeben. Insgesamt haben die

ostdeutschen Sicherheitsorgane bis zum 1. August etwa 13.000 Verhaftungen gezählt, zu denen noch weitere hinzugerechnet werden müssen, die von sowjetischen Stellen vorgenommen wurden. Durch Quellen belegt sind bislang 55 Todesopfer des Aufstandes, davon fünf Angehörige der DDR-Sicherheitsorgane.

Das Dokument ist insofern auch ausgesprochen quellenkritisch zu betrachten, als es ausschließlich die Perspektive des Sicherheitsapparates enthält und die Ereignisse aus politischen Gründen massiv verzerrt. Demonstranten, die freie Wahlen fordern, werden als "faschistische" oder "verbrecherische Elemente" bezeichnet. Demonstranten, die die Rote Fahne vom Brandenburger Tor holten, werden als "aus dem Westen" kommend bezeichnet. Tatsächlich mußten die DDR-Stahlarbeiter aus Hennigsdorf stundenlang durch West-Berlin marschieren, bis sie endlich in der Stadtmitte ankamen, weil die Behörden den S-Bahn-Verkehr lahm gelegt hatten. Ebenso wenig wird deutlich, warum Zeitungskioske in Brand gesteckt und HO-Läden geplündert wurden, nämlich aus Empörung über die unerträgliche Propaganda in den DDR-Medien, über die überhöhten Preise in den staatlichen Geschäften und die systematische Diskriminierung der Privatläden in der DDR. Und wenn es heißt, daß auf dem Berliner Alexanderplatz die Lage "bereinigt" wurde, dann bedeutet dies, daß Panzer in lebensgefährlichen Manövern in die Demonstranten fuhren und bald auch geschossen wurde. Die Behauptung, daß in Halle eine ehemalige "SS-Kommandeuse" aus dem KZ Ravensbrück aus der Haft befreit worden wäre und sich dann "maßgeblich an den Provokationen" beteiligt hätte, ist inzwischen als Propagandalüge enttarnt worden – in Ravensbrück gab es überhaupt keine "SS-Kommandeusen", geschweige denn eine mit diesem Namen. Das hinderte das Bezirksgericht Halle freilich nicht, die offenkundig geistig verwirrte Frau am 22. Juni 1953 zum Tode zu verurteilen. Daß sich ein größerer Teil der Bevölkerung bald von den Anführern distanzierte, wie es in dem Bericht heißt, ist ebenfalls eine durch nichts belegte Behauptung, die wohl eher dem Wunschdenken der SED-Führung, als der Wirklichkeit entsprach – tatsächlich mußte das Politbüro am 17. Juni in das sowjetische Hauptquartier in Berlin-Karlshorst evakuiert werden, wo es auch die Nacht über blieb.

Das Dokument ist auch noch in anderer Beziehung unvollständig – es enthält keinerlei Angaben über die tatsächlichen Akteure des Aufstands und ihre politischen Vorstellungen. Der Aufstand hat kein Gesicht. Weil die Erhebung so schnell niedergeschlagen wurde, sind ihre Sprecher – anders als bei den Streiks in Polen 1980 – öffentlich kaum bekannt geworden. Dieses Defizit besteht bis heute, da rechtliche Gründe den Zugang zu den personenbezogenen Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit über einzelne Streikführer und Demonstranten behindern. Sie konnten bis heute nicht vollständig ausgewertet werden. Eine wichtige Rolle spielten zum Beispiel der Vorsitzende des Streikkomitees Bitterfeld, Paul Othma, der Görlitzer Sozialdemokrat Max Latt, der Dresdener Streikführer und ehemalige NS-Widerstandskämpfer Wilhelm Grothaus oder der Organisator des Streiks im Funkwerk Berlin-Köpenick, Siegfried Berger – um nur einige Personen zu nennen, die plötzlich und auch für sie selbst völlig unerwartet an die Spitze einer Bewegung gespült wurden. Die meisten von ihnen büßten ihr spontanes Engagement für Freiheit und Demokratie mit langen Haftstrafen, wenn sie nicht bei Nacht und Nebel schnell noch in den Westen flüchteten.

Der Aufstand vom 17. Juni ist in Deutschland lange unterschätzt worden. Weil er so rasch und gründlich niedergeschlagen wurde, bekam er von Anfang an das Stigma einer erfolglosen Rebellion. In der DDR verteufelte man ihn jahrzehntelang als "faschistische Provokation" oder verschwieg ihn einfach. In Westdeutschland erstarrte die anfängliche Sympathie bald in hohlem Pathos. Nachdem die

Bundesrepublik die DDR im Grundlagenvertrag von 1972 anerkannt hatte, wurde die Erinnerung nur noch am jährlichen Nationalfeiertag, dem "Tag der Deutschen Einheit" gepflegt – bis auch dieser 1991 auf den 3. Oktober verlegt wurde. Erst im Jahr 2003, zum 50. Jahrestag der Erhebung, nahm eine breite Öffentlichkeit das Geschehen erneut in den Blick: als Sternstunde der deutschen Geschichte und als Versuch, die SED-Diktatur aus eigener Kraft abzuschütteln. Rund um das Jubiläum erschien rund ein Dutzend neuer Monographien. Über den Ablauf der Ereignisse in den einzelnen Regionen liegen inzwischen vielfach detaillierte Darstellungen vor. Hatten sich die Deutschen mit der einen Spielart totalitärer Herrschaft, dem Nationalsozialismus, arrangiert, kann man ihnen das bei der anderen, der kommunistischen, nicht nachsagen. Im Gegenteil – für ihr Streben nach Freiheit haben viele 1953 einen hohen Preis bezahlt. Der Aufstand vom 17. Juni gehört deshalb, auch wenn er scheiterte, in die Reihe der großen demokratischen Erhebungen in Deutschland: die Märzrevolution von 1848, die Novemberrevolution von 1918 und die friedliche Revolution im Herbst 1989.

Hubertus Knabe

Quellen- und Literaturhinweise

- Ahrberg, E. u.a. (Hg.), Die Toten des Volksaufstands vom 17. Juni 1953, Münster 2004.
- Bruhn, P., 17. Juni 1953. Bibliographie, Berlin 2003.
- Diedrich, T., Waffen gegen das Volk. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Berlin 2003.
- Diedrich, T., Hertle, H.-H., Alarmstufe "Hornisse". Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Berlin 2003.
- Eisenfeld, B., Kowalczuk, I.-S., Neubert, E., Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004.
- Fricke, K. W., Engelmann, R., Der "Tag X" und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003.
- Knabe, H., 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, Berlin 2003.
- Kowalczuk, I.-S., 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003.
- Koop, V., 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003.
- Ostermann, Ch. F. (Hg.), Uprising in East Germany 1953. The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, New York 2001.

Bericht für die Zeit v. 16.6.53 bis 22.6.1953 18.00 Uhr

– HVDVP –

Nachdem am 16.6.1953 nach der Auswertung der Lage erkennbar wurde, dass die Demonstranten von faschistischen Elementen aus Westberlin zu Provokationen, Tötlichkeiten und Zerstörungen ausgenutzt wurden, der Einsatz von Agitatoren grösseren Umfanges (davon ca. 60 VP-Angeh. in Zivil) keine wesentlichen Erfolge erzielte und die Gefahr bestand, dass die verbrecherischen Elemente die Oberhand über die Masse der Demonstrierenden gewinne, wurden folgende vorbereitende Massnahmen getroffen:

1.	Verstärkung der Hauswache	
2.	Schaffung einer Einsatzkräfte-Reserve von	1/36 VP
3.	Schaffung einer Fahrzeugreserve von	21 PKW

4. Bildung einer
Transportleitstelle

5. Alarmierung von
VP-Angehörigen nach
Schwerpunktwohngebieten
wie Gasthäusern usw.

16.6.1953

21.30

wurden vom PdVP
Berlin zur
Verstärkung 100
VP-Angehörige vom
Wachbtl. der HVDVP
zur Verfügung
gestellt.

Der Leiter des
Wachbtl. erhielt die
Anweisung, die
Posten an den
wichtigsten Objekten
zu verstärken.

21.50

erging an die Chefs
der BdVP Potsdam,
Leipzig und
Magdeburg die
Anweisung zur
Alarmierung von
Abschnittsbevollmächtigten.

22.20

Weitere Abordnung
von 116
VP-Angehörigen des
Wachbtl. zum PdVP
Berlin.

Ausserdem wurden
zum PdVP Berlin
164 Einsatzkräfte
(Angehörige der
HVDVP) zur
Verstärkung des
Sektorenschutzes
abgeordnet.

Weiterhin wurden
dem PdVP Berlin
400 Pistolen zur
Verfügung stellt.

23.30

wurden 10
Angehörige der

Hauswache zur
Verstärkung der
Sicherheit der
Generalstaatsanwaltschaft
in Marsch gesetzt.

zur Erkundung der
Lage wurden dem
PdVP Berlin 2 PKW
mit Zivilnummern zur
Verfügung gestellt.

Dem PdVP Berlin
wurden im Verlaufe
der Nacht vom 16.
zum 17.6.1953
folgende
Verstärkungskräfte
zugeführt:

HVDVP-Kultur-Ensemble	41 VP-Angeh.
BdVP Frankfurt/Oder	94 VP-Angeh.
BdVP Potsdam	352 VP-Angeh.
BdVP Magdeburg	239 VP-Angeh.
BdVP Leipzig	256 VP-Angeh.
VP-Zentralschule Aschersleben	516 VP-Angeh.
VP-Zentralschule Arnsdorf	86 VP-Angeh.

An die Hauptabteilungen J und TD wurde Anweisung in Bezug auf Zurverfügungstellung von ausreichender Verpflegung, Unterkunftsmaterial sowie insbesondere von Hieb- und Schusswaffen gegeben.

Die Kraftfahrzeuge, welche den Antransport aus den Bezirksbereichen und Zentralschulen durchführten, wurden gleichzeitig dem PdVP Berlin zugeteilt.

Durch die Polizeiführung wurde bereits in den Abendstunden des 16.6.1953 eine Chefleitung vom Dienst gebildet.

Die für die BdVP vorgesehenen Kontroll-Brigaden für die Dienstanweisung 24 und 25/53 festgelegten Massnahmen wurden bis auf die Brigade, die nach Suhl bereits abgefahren war, zurückgehalten.

Durch die Chefleitung wurden einzelne BdVP wie Karl-Marx-Stadt und Magdeburg aufgrund der Entwicklung angesprochen und darauf hingewiesen, verstärkte Sicherungsmassnahmen zu treffen.

17.6.1953

4.10

erfolgte durch den
Gen.Chefinspekteur
Grünstein an alle Chefs der
BdVP einschl.
Siegmar-Schönau die
Anweisung, dass
a) alle Angehörigen der

In den Morgenstunden wurde in der HVDVP durch den Gen.Chefinspekteur Strieder eine Einsatzleitung für die HVDVP gebildet. Diese Einsatzleitung wurde verantwortlich gemacht für

BdVP heranzuholen sind und die BdVP auf volle Stärke zu bringen sind.

b) auf eine Gruppe von Unruhestiftern zu achten ist, die versucht, mittels Kraftfahrzeugen von Berlin nach den Wismut-Gebieten zu gelangen, um dort die Arbeiter zum Streiken zu provozieren, diese Gruppen festzunehmen und dem MfS zu übergeben.

- a) die Hauswache
- b) für den Reservezug
- c) für den gesamten Fahrzeugbestand
- d) für die Einteilung der restl. VP-Angeh. Der HVDVP in Gruppen und Züge, je nach Aufgaben wie Feuerwehr, Kraftfahrer, Nachrichten usw., für deren Unterkunft und Verpflegung

Die Einsatzstärke für die einzelnen Tage war folgende:
(konkrete Zahlen können erst ab dem 21.6.1953 gegeben werden)

21.6.1953	12.00 Uhr	102 weibl. VP-Angeh. 215 männl. VP-Angeh.
22.6.1952	8.00 Uhr	102 weibl. VP-Angeh. 212 männl. VP-Angeh.

Nachdem bekannt wurde, dass sich in einigen Gebieten der DDR gliche Vorgänge wie in Berlin entwickelten, ergingen ausser der erhöhten Wachsamkeit und Alarmbereitschaft folgende Anweisungen:

11.10	unter keinen Umständen darf ein VPKA aufgegeben bzw. Geräumt werden. Die Chefs der BdVP wurden persönlich verantwortlich gemacht. Die Leiter der VPKÄ erhielten die
-------	---

	<p>Anweisung, soviel als möglich freiwillige Helfer und fortschrittliche Kräfte zusammenzuziehen.</p> <p>Lebenswichtige Objekte u. Betriebe dürfen nicht aufgegeben werden.</p> <p>Panikstimmungen unter den VP-Angehörigen sind energisch zu unterbinden.</p> <p>In Notfällen sind Einheiten der KVP einzusetzen.</p>
14.30	<p>wurde angewiesen, dass sämtliche Vorkommnisse in den Bezirksbereichen, die im Wismut-Gebiet liegen, der BdVP Siegmar-Schönau mitzuteilen sind.</p> <p>Die in den VP-Heimen beschäftigten sowie z.Zt. untergebrachten VP-Angehörigen wurden alarmiert und gelangten zum Teil in den Bezirksbereichen zum Einsatz.</p>
15.30	<p>erfolgte Anweisung zur Sicherstellung der Einschleusung von Lebensmitteltransporten nach Berlin sowie der Einschleusung von Kurieren.</p>

Aus Schwerin wurde ein LKW, der mit Parteidokumenten beladen und für das ZK bestimmt war, zum HVDVP geleitet und die Dokumente im Tresor der HVDVP untergebracht.

Um jederzeit eine klare Uebersicht über die augenblickliche Lage zu haben, wurden unter Abgabe [sic!] von konkreten Punkten in Abständen von 2 Stunden fernschriftliche Lageberichte von den BdVP gefordert.

Nachdem es in Berlin zu ernststen Zusammenstössen zwischen Demonstranten und VP-Angehörigen gekommen war, erfolgte nochmals eine Anweisung in bezug auf Schusswaffengebrauch.

Zur weiteren Verstärkung der Sicherungsmassnahmen für die Strafvollzugsanstalten wurden weitere Sicherungsmassnahmen angeordnet.

So z.B. für die VA Glowe, da festgestellt worden war, dass unter den Gefangenen Flugblätter verteilt wurden, strengste Isolierung der Gefangenen von den Arbeitern des Objektes.

Auswechslung einer Kompanie Einsatzkräfte.

Verstärkung der äusseren Sicherheit durch die KVP sowie Uebernahme der verantwortlichen Leitung durch Gen.VP-Insp. Siegemund von der HVDVP.

Da festgestellt wurde, dass sich aus den Industrie-Schwerpunktgebieten Henningsdorf, Wildau, grössere Arbeitermassen in Richtung Berlin in Bewegung setzten, wurde die HVDVP sowie Transportpolizei zwecks Einleitung sofortiger Massnahmen verständigt.

An die HA-GW und PV erging Anweisung zur Betreuung der verletzten VP-Angehörigen, welche inzwischen in das VP-Krankenhaus Berlin eingeliefert worden waren.

Charakterisierung der Lage in Berlin und DDR:

am 17.6.1953

Berlin:

Die Demonstrationzüge marschierten auch aus den entlegensten Gebieten wie Köpenick usw. auf das Stadtzentrum.

Folgende Arbeitsniederlegungen wurden bekannt:

SAG-Betrieb Berliner Bremsenwerk mit der gesamten Belegschaft.
VEB-Fortschritt, Grünbergerstrasse mit der gesamten Belegschaft.
VEB-Vergaser, Stalinallee verweigerten vorwiegend die Jugendlichen den Arbeitern den Eingang zum Werk.
800 Angehörige des EAW Stalin-Werkes Treptow – Zweigstelle Hirschberger Strasse,
Privatbetrieb Kälterichter, wo die Belegschaft den Betrieb verliess,
VEB-Glühlampenwerk, wo sich die Belegschaft auf dem Hofe versammelte
usw.

Die Situation in Berlin spitzte sich derart zu, dass grössere Menschenmengen unter Anleitung der Provokateure vor den Ministerien, den öffentlichen Gebäuden, den Parteidienststellen und Gebäuden der Massenorganisationen sich zusammenballten und Versuche unternahmen, gewaltsam in diese einzudringen.

Einzelne Demonstrationzüge überschritten die Sektorengrenze vom Osten zum Westen.

Teilnehmer eines Demonstrationzuges, der aus dem Westen kam, rissen die Rote Fahne vom Brandenburger Tor herunter.

Und so steigerten sich diese Provokationen sukzessive wie die Anlegung von Bränden in HO-Kiosken usw., Plünderungen der HO-Geschäfte, Steinwürfe.

Ein eingesetzter Lautsprecherwagen im Westsektor an der Sektorengrenze forderte in den Westsektor abfliessende Demonstranten auf, erneut in den demokratischen Sektor zu demonstrieren.

Zu diesem Zeitpunkt wurde die Sektorengrenze auf westlicher Seite durch starke Aufgebote der Stummpolizei [sic!] besetzt.

Mit Bekanntgabe des Ausnahmezustandes durch den Sowjetischen Militärkommandanten von Berlin wurde die Sektorengrenze gesperrt und durch die Sowjetischen Truppen und durch VP wurden die Demonstrationzüge zerstreut.

Besondere Höhepunkte bildeten sich auf dem Alexanderplatz und vor dem Präsidium der VP, wo die Demonstranten versuchten, in das Gebäude des PdVP einzudringen. Auch an diesen Stellen wurde mit Eintreffen der Sowjetischen Truppen die Lage bereinigt.

Mit Bekanntgabe des Ausnahmezustandes in den Nachmittagsstunden trat eine gewisse Beruhigung der Lage ein, abgesehen von einzelnen Versuchen, erneute Demonstrationen zu beginnen.

Durch die zwangsläufige Stilllegung des öffentlichen Verkehrsnetzes kam es zu grösseren Menschenstauungen auf den Bahnhöfen, die bis in die Nachtstunden andauerten.

Ein grösserer teil der Bevölkerung distanzierte sich bereits zu diesem Zeitpunkt von den Anführern. In ihrem Verhalten kam zum Ausdruck, dass die 2. Phase der Entwicklung der Situation wie Plünderungen usw. von ihnen nicht gebilligt wurden [sic!].

Dem Aufruf der Regierung, die Arbeit wieder aufzunehmen, kamen am gleichen Tage Wenige nach, auch mitbedingt durch die Schwierigkeiten in der Verkehrslage.

Als Schwerpunkte kristallisierten sich heraus:

Halle

Magdeburg

Gera

Leipzig

Dresden und

Erfurt.

In den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Neubrandenburg, Suhl und Schwerin kam es zu keinen nennenswerten Demonstrationen.

Halle:

In der Stadt Halle begannen die Ausschreitungen am 17.6.53 gegen 9 Uhr mit einem Demonstrationzug von mehreren tausend Demonstrant. von der Waggonfabrik Ammendorf.

Dieser Demonstrationzug wurde verstärkt durch die Belegschaften der am Marschweg liegenden Betriebe. Die Demonstranten stürmten und plünderten u.a. die Bezirksleitung der Partei und das Haus des Bezirksrates.

Beide genannten Objekte waren durch die Volkspolizei gesichert. Nachdem die Provokateure gleichwohl in die Objekte eingedrungen waren, kam es bei dem Widerstand der Volkspolizisten gegen die Angreifer zu heftigen Tötlichkeiten von seiten der Provokateure, wobei einzelne VP-Angehörige schweren Misshandlungen ausgesetzt wurden. U.a. wurden von den Provokateuren bei ihrem Anmarsch zum Haus des Bezirksrates mehrere VP-Angehörige unter laufenden Misshandlungen mitgeschleift.

Die Provokateure setzten ihren Marsch fort zur UHA II, wo sie gegen 12.30 Uhr eintrafen und die Freilassung von Gefangenen forderten. Das wurde abgelehnt. Daraufhin erbrachen die Demonstranten das Eingangstor. Trotz Gegenwehr der eingesetzten VP-Angehörigen und 27 weiteren KVP-Angehörigen gelangten die Demonstranten in das Zellenhaus. Dadurch konnten 248 weibliche und 3 männliche Häftlinge gewaltsam befreit werden.

Unter den Befreiten befanden sich Schwerverbrecher besonderer Art. Z.B. die ehemalige SS-Kommandeuse Dorn aus dem KZ Ravensbrück, die zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt war und nunmehr sich massgeblich an den Provokationen beteiligte. Bei dem Angriff wurden 3 VP-Angehörige z.T. schwerverletzt, eine VP-Angehörige unter diesen wurde bis zum Markt mitgeschleift und dort besinnungslos von Angehörigen der Sowjetarmee aufgefunden.

Nach diesem Angriff begaben sich ca. 1000 Demonstranten zur Vollzugsanstalt I am Kirchtor. Auch hier forderten sie die Herausgabe sämtlicher Häftlinge, worauf die Leitung der Anstalt – VP-Insp. Blossfeld – nicht reagierte. Bei dem Versuch, mit einem 6-To-LKW das Tor zu nehmen, um in die Vollzugsanstalt zu gelangen, wurden nach Schusswaffengebrauch durch die VP zwei Eindringlinge schwer- und einer tödlich verletzt. Ein nochmaliger Versuch der Demonstranten, von der Rückseite der Anstalt aus einzudringen, wurde wiederum mit Schusswaffengegenwehr der VP beantwortet und dabei ein Eindringlich [sic!] tödlich verletzt. Daraufhin räumten die Demonstranten das Feld.

Ein ähnlicher Angriff auf die UHA I scheiterte ebenfalls an der konsequenten Haltung

der VP-Angehörigen unter der Leitung des VP-Komm. Stolze.

In Bitterfeld randalierten gegen 9 Uhr zirka 150 Personen vor dem VPKA und entsandten eine Delegation zum VPKA-Leiter. Darüber hinaus forderten sie die sofortige Entfernung eines Transparentes vom Gebäude des VPKA, das auf die deutschsowjetische Freundschaft hinwies. Durch das versöhnlerische Verhalten des Amtsleiters – VP-Kommandeur Nosseck, der mit den Demonstranten verhandelte, ihren Weisungen nachkam und sie aufforderte, ihre Forderungen an die Regierung weiterzuleiten, kam es in Bitterfeld zu einem Angriff auf die UHA, wobei es beim Eindringen zu keinerlei Gegenwehr durch die VP kam. Im Verlaufe von Vereinbarungen wurden 15 Häftlinge entlassen. Das Ergebnis des Verhandels, insbesondere durch VP-Kommandeur Nosseck war, dass schliesslich alle 51 Häftlinge befreit wurden. Nosseck wurde inzwischen des Amtes enthoben und in Haft genommen.

Weitere Beispiele liessen sich noch aus den bereichen Naumburg und Eisleben anführen.

Gera:

In der Stadt Gera demonstrierten ca. 20.000 Personen. Unter Führung faschistischer Elemente versuchten sie, in mehrere öffentliche Gebäude einzudringen, was durch gemeinsamen Einsatz von VP und KVP sowie durch späteres Eingreifen der sowjetischen Streitkräfte bis auf einen Fall verhindert werden konnte, wo die Provokateure in die Arbeiter- und Bauernfakultät eindringen und die Inneneinrichtung verwüsteten. Hierbei taten sich besonders 50-60 Oberschüler negativ hervor, wohingegen sich 360 Schüler der ABF der Volkspolizei zur Verfügung stellten und 60 von ihnen sofort für entsprechende Hilfs-Massnahmen eingesetzt worden sind.

In Weida[,] Kr. Gera, in dem sämtliche Beschäftigten aller Betriebe streikten, versuchten ca. 1000 Demonstranten unter Führung von faschistischen Elementen ins Revier einzudringen. Die 18 VP-Angehörigen verteidigten ihr Revier über eine Stunde, ohne von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, bis sowjetische Streitkräfte zum Einsatz eintrafen. Ein Eindringen in das Revier gelang den Provokateuren nicht. In Jena demonstrierten ca. 20.000 Personen. Die Arbeitsniederlegung begann in dem Nebenbetrieb Zeitz-Süd und griff auf weitere Grossbetriebe über. Angriffe wurden auf die Gebäude des MfS, der Kreisleitung der Partei, des Rates des Kreises, der Nationalen Front u.a. durchgeführt. Hierbei wurden die Einrichtungen demoliert und vorhandene Akten z.T. auf die Strasse geworfen. Eine Reihe Funktionäre, besonders die Angehörigen des MfS, wurden durch die Provokateure brutal misshandelt und schwerverletzt. Der Hauptangriff richtete sich dann gegen die Haftanstalt, wo die Provokateure durch zirka 2000 Wismut-Kumpels, die mit 40 Kippern und anderen Fahrzeugen in die Innenstadt transportiert wurden, unterstützt [wurden]. Den Provokateuren gelang das Eindringen in die Haftanstalt und die Niederringung der sich hartnäckig verteidigenden VP-Angehörigen. Die VP-Angehörigen machten dabei von der Schusswaffe keinen Gebrauch. 49 Häftlingen gelang die Flucht.

Besondere Arbeitsweise des Gegners:

Bei dem Sturm auf die Haftanstalt wurden von den gegnerischen Elementen Kinder in die Haftanstalt eingeschleust und dann der Bevölkerung als Häftlinge präsentiert. Ein weiblicher Häftling wurde völlig entkleidet und mit Kot beschmiert. In diesem Zustand wurde er den Demonstranten als angeblich in diesem Zustand vorgefunden vorgeführt.

Die Aerzte des Stadtkrankenhauses Jena verweigerten die Behandlung der schwerverletzten Volkspolizisten, die dann vom sowjetischen Hospital in Behandlung

genommen wurden.

Magdeburg:

In Magdeburg nahmen die Demonstranten ihren Anfang in den Grossbetrieben des Vorortes Magdeburg-Buckau, von da bildete sich ein Demonstrationzug, der auf seinem Wege nach dem Stadtinneren nacheinander das Telegrafenamtsamt, die Häuser der SED, FDJ, des FDGB stürmten bzw. besetzten und Zerstörungen grösseren Umfanges vornahmen. Auf dem weiteren Weg erfolgte die Stürmung des Justizgebäudes unter Verprügelung der Richter und Staatsanwälte. Gegen 10 Uhr sammelten sich vor dem Haus des BdVP ca. 10.000 Demonstranten. Die Leitung des BdVP liess sich von dem Grundsatz leiten, jedwedes Blutvergiessen zu vermeiden und ordnete an, dass alle Offiziere ihre Schusswaffen unterzuschnallen und die Wachtmeister ihre Schusswaffen abzugeben hatten. Auch nachdem bei der Stürmung der Strafvollzugsanstalt bereits 2 VP-Angeh. und ein Angehöriger des MfS erschossen wurden, wurde der Befehl, in keinem Falle von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, nicht widerrufen d.h. es wurde nicht zwischen faschistischen Elementen und einfachen Demonstranten unterschieden. Diese Menschen drangen in das Gebäude des BdVP ein und konnten erst nach Erscheinen der Sowjetarmee aus dem Gebäude entfernt werden.

Bei der Verteidigung traten besonders die Genossen Wachtmeister durch hervorragende Leistung in Erscheinung.

Das Stürmen der UHA Magdeburg-Neustadt zwischen 14 und 15 Uhr hätte bei Abwesenheit einer Leitung vermieden werden können, zumal diese Verteidigung der Anstalt dadurch begünstigt wurde, dass sich viele Gefangene bereit erklärten, die VP bei der Verteidigung zu unterstützen. Nach Eindringen der faschistischen Elemente schützten die Häftlinge die VP-Angehörigen vor Angriffen der Banditen. Die Häftlinge der SVA Sudenburg brachten bei der Stürmung der Anstalt zum Ausdruck, dass sie nicht befreit werden wollten. Auch hier wurden die VP-Angeh. durch Häftlinge unterstützt. Hier zogen sich z.B. VP-Angehörige in die Küche zurück. Der Koch, ein Häftling, der wegen Verderbenlassens von 170 Kilo Fleisch zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt war, stellte sich mit einem Messer vor die Küchentür und gewährte keinem der Banditen Einlass.

Leipzig:

Aehnliche Vorkommnisse gab es im Bezirk Leipzig. Brennpunkte waren die Städte Leipzig, Delitzsch, Schmöln und Düben. In Leipzig selbst griffen die Provokateure u.a. die BdVP, die Bezirksverwaltungsstelle des MfS, das VPKA Leipzig, die UHA Leipzig Beethovenstrasse, das Rundfunkgebäude, die FDJ-Bezirksleitung und das Gebäude der Leipziger Volkszeitung an. Der Pavillon des Nationalrates am Platz des Friedens wurde gestürmt und in Brand gesetzt.

Potsdam:

In Henningsdorf legten die Arbeiter der Grossbetriebe am 17.6.1953 die Arbeit nieder und versuchten, mit der S-Bahn nach Berlin zu gelangen, um sich den Streikenden in Berlin anzuschliessen (ca. 6000). Das Vorhaben wurde durch Unterbrechung des S-Bahnverkehrs verhindert. Weitere Arbeiter der Betriebe des Bezirks beteiligten sich an Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen, so u.a. das Karl-Marx-Werk in Potsdam-Babelsberg, das Stahl- und Walzwerk Brandenburg, RAW Kirchmöser und Optische Werke Rathenow.

Dresden:

Im Bereich Dresden und Görlitz war ein besonderer Schwerpunkt. Hier drangen die Provokateure sogar in das Gebäude der sowjetischen Kommandantur ein.

Erfurt:

Im Bezirk Erfurt waren insbesondere die VEBetriebe Rheinmetall in Sömmerda

Ausgangspunkt der Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen.

Frankfurt/O.:

Im Bezirk Frankfurt/O. begann die Streikbewegung im Kreis Fürstenberg bei den Bauarbeitern von Stalin-Stadt, im Kreise Fürstenwalde beim VEB Reifenwerk und den Kalk- und Zementwerken in Rüdersdorf. In den nördl. Kreisen des Bezirks trat besonders der VEB Krahnbau Eberswalde in Erscheinung.

Cottbus:

In Cottbus selbst ging die Streikbewegung vom RAW Cottbus aus. Im Kreisgebiet Senftenberg begann die Streikbewegung in der Grosskokerei Mathyas Rakosi, wo u.a. der Kulturraum demoliert wurde.

Rostock:

Hier waren es die Beschäftigten der Werften Warnof-Werft, Neptun-Werft, Mathias-Thesen-Werk u.a., die am 18.6.1953 mit der Arbeitsniederlegung begannen. (Einige Berichte aus den Bezirken stehen noch aus, um ein umfassenderes Bild zu geben)

Aufgrund der charakterisierten Lage und nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurden weitere Massnahmen getroffen.

Unter Verschlüsselung wurde die Anweisung gegeben, Provokateure unter allen Umständen festzunehmen, alle bestehenden Streikleitungen festzunehmen, Menschenansammlungen zu verhindern.

Zur Ueberprüfung der durch die BdVP getroffenen Massnahmen sowie zur besseren Anleitung wurden am 18.6.53 verantwortliche Hauptabteilungsleiter und Abteilungsleiter in folgende Bezirke entsandt:

BdVP Frankfurt/O., Magdeburg, Schwerin, Gera, Dresden, Halle.

Die Lage gab Veranlassung, die Chefs der BdVP anzuweisen, dass der befohlene Alarmzustand weiter aufrechterhalten bleibt und dass für die Einsatzkräfte unter Beachtung der Befehle für die notwendige Ruhe Sorge zu tragen ist. Wenn es die Lage erlaubt, Interzonenpassanträge der Bevölkerung anzunehmen und zur Bearbeitung der Anträge weibliche Kräfte bzw. für den operativen Einsatz nichttaugliche Kräfte einzusetzen.

Gen.Chefinspektor Wenzel erhielt den Auftrag, die Betreuung der Angehörigen der ums Leben gekommenen VP-Angehörigen zu übernehmen; gleichzeitig Massnahmen für die Durchführung zur Auszeichnung und Prämierung der VP-Angeh., die durch vorbildliche Haltung während des Einsatzes hervorgetreten sind, zu treffen.

Gen.Chefinspektor Anstett erhielt die Anweisung, für die normale Ausgabe der KPZ-Kennzeichen Sorge zu tragen.

Die Abt. TD wurde angewiesen, eine Ueberprüfung der Verteilung sämtlicher Schusswaffen in der VP vorzunehmen.

Inzwischen ergab sich in Berlin folgende Lage:

Beispiele von Arbeitsaufnahmen:

am 18.6. 12.00 Uhr	VEB Ausbau	mit 30% der Betriebsangeh.
	DHZ Metallurgie-Schrott	mit 30% der Betriebsangeh.
	Konsum-Zuckerw. Treptow	mit 30% der Betriebsangeh.
	Verband Dt. Kons.Gen.	mit 40% der Betriebsangeh.
	Berliner Glühlampenwerke	mit 45% der Betriebsangeh.
	EAW J.W. Stalin Treptow	mit 45% der Betriebsangeh.
	Berliner Bremsenwerke	mit 49% der Betriebsangeh.

Mechanik Gasalan	mit 50% der Betriebsangeh.
Kälterichter	mit 50% der Betriebsangeh.
Bergmann-Borsig	mit 50% der Betriebsangeh.

Demgegenüber stehen Betriebe wie

Berliner Riefenwerke [sic!]	mit 90% der Betriebsangeh.
Siemens-Plania	mit 85% der Betriebsangeh.
Gasag, Dimitroffstr.	mit 100% der Betriebsangeh.
AGA Azotylen-Werk	mit 100% der Betriebsangeh.
Funkamt Amt Glienicke	mit 100% der Betriebsangeh.
Berliner Bürgerbräu	mit 100% der Betriebsangeh.
E-Werk Rummelsburg	mit 100% der Betriebsangeh.
Kraftwerk Klingenberg	mit 100% der Betriebsangeh.

die zum Teil ohne Unterbrechung [arbeiteten] bzw. zu diesem Zeitpunkt eine prozentual hohe Arbeitsaufnahme erreichten.

Am 22.6.53 9.30 Uhr Beispiele von Betrieben, die eine besonders geringe Zahl von Arbeitsaufnahmen aufwiesen:

Bergmann-Borsig	mit 70%
VEB Ausbau	mit 81%
J.W. Stalin	mit 85%

Von den 100 wichtigsten Betrieben des demokratischen Sektors Berlin gibt sich in der Zahl der Beschäftigten und Streikenden folgende Uebersicht:

	<i>gearbeitet:</i>	<i>gestreikt:</i>
am 18.6.53	74.878	28.536
am 19.6.53	80.048	9.881
am 20.6.53	84.221	5.227

Die Schliessung der Sektorengrenze führte zu einer schnelleren Festnahme der sich noch im demokratischen Sektor befindlichen Provokateure, sodass bereits in den frühen Nachmittagsstunden eine grössere Anzahl dieses Personankreises festgenommen werden konnte:

Uebersicht über Festnahmen:

vom 16.6. bis 17.6. 21 Uhr	insgesamt 259 Personen, davon 167 aus dem demokratischen und 92 aus dem Westsektor.
vom 17.6. 21 Uhr bis 18.6. 05 Uhr	insgesamt 253 Personen, davon 151 aus dem demokratischen und 28 aus dem Westsektor, 20 aus der DDR und 63, wo

	die Personalien nicht einwandfrei feststanden.
vom 18.6. 05 Uhr bis 18 Uhr	insgesamt 330 Personen, davon 151 aus dem demokratischen, 47 aus dem Westsektor, 7 aus der DDR, 125, bei denen die Personalien nicht genau feststellbar waren.
bis zum 22.6. 06 Uhr	wurden insgesamt festgenommen: 2.461 Personen, davon: 2.184 aus dem demokratischen Sektor und aus der DDR, 238 aus dem Westsektor Berlins, 39 aus Westdeutschland.

Am 21.6.53 wurde bekanntgegeben, dass die Provokateure beabsichtigten, Trauergeläute sowie Inbetriebsetzen von Betriebssirenen zu organisieren.

Die BdVP wurden zwecks Einleitung der erforderlichen Massnahmen angewiesen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass das Heraushängen von Fahnen mit Trauerfloren sowie Flaggen mit Halbmast zu untersagen ist.

Am 21.6.53 zeigten sich Anzeichen, dass es im Verlaufe des 22.6. zu grösseren Streiks bei der Reichsbahn kommen könnte. Deshalb wurde eine besondere Ueberwachung der Anlagen der Reichsbahn sowie die Aufstellung von Reserve-Einsatz-Kommandos und enge Verbindungsaufnahme mit der Transportpolizei angewiesen.

Für den taktischen Einsatz erfolgten gleichzeitig Hinweise wie Abgabe von Warnschüssen als Abschreckungsmethode usw.

Aufgrund von Hinweisen, dass der Gegner beabsichtigte, zu grösseren Sabotageakten überzugehen und hierbei sich natürlich in den Besitz von Sprengstoffen setzen will, erging der Befehl, verschärfte Sicherungsmassnahmen für Benzin- und Sprengstofflager sowie für Radio-Stationen einzuleiten.

Hierbei wurde ganz besonders auf die Kontrolle der sprengstoffverarbeitenden Betriebe sowie Bestands- und Bewegungsbücher hingewiesen.

Am 22.6.53 wurde erneut den Bezirkschefs mitgeteilt, dass mit weiteren Terror- und Sabotageakten zu rechnen ist und dass deshalb die hohe Einsatzbereitschaft weiterhin zu gewährleisten und ständig zu kontrollieren ist. Schwerpunkte nach wie vor: wichtige Versorgungsbetriebe, Brücken, Sprengstofflager usw. Es wurde nochmalig auf die Beibehaltung von ständig zur Verfügung stehenden Einsatzreserven hingewiesen.

In der Zeit vom 17.6. 8 Uhr bis 22.6. 18 Uhr liefen bei der HVDVP – Op-Stab insgesamt 800 Meldungen und Berichte über Vorkommnisse und über die Lage ein.

Zahlenmässige Angaben:

Demonstrationen:

<i>Bezirk:</i>	<i>Zahl der Demonstrationen</i>	<i>Zahl der Teilnehmer</i>	<i>Zahl der Demonstrationen</i>	<i>Zahl der Teiln.</i>
Rostock	=	=	3	8.000
Schwerin	1	200	=	=

Neubrdbg.	=	=	=	=
Potsdam	32	53.000	=	=
Frankfurt/O.	7	9.000	=	=
Cottbus	6	5.000	=	=
Halle	14	94.000	1	1.500
Magdeburg	42	32.000	3	12.500
Erfurt	7	15.000	=	=
Gera	10	52.000	4	2.000
Suhl	=	=	=	=
Leipzig	5	30.000	3	1.600
Dresden	5	49.000	2	1.400
Karl-Marx-Stadt	=	=	=	=
	129	339.200	16	27.000

Arbeitsniederlegungen:

<i>Bezirk:</i>	<i>Betriebe</i>	<i>Streikende</i>	<i>Betriebe</i>	<i>Streikende</i>
	17.6.	18.6.		
Rostock	=	=	5	5.500
Schwerin	=	=	1	80
Neubrdbg.	=	=	2	1.650
Potsdam	45	40.250	15	4.700
Frankfurt/O.	45	8.400	8	2.850
Cottbus	25	10.500	35 +++	13.360
Halle	56	60.000	11	6.900
Magdeburg	59+	32.000	34 ++	13.000
Erfurt	6	15.000	5	6.600
Gera	31	27.300	12	4.300
Suhl	1	70	=	=
Leipzig	22	6.500	29	14.200
Dresden	35	24.400	=	=
Karl-Marx-Stadt	7	1.200	2	1.900
insgesamt	332	225.620	159	75.240
+	am 17.6.53	26 Grossbetr.	26 Mittelbetr.	7 Kleinbetriebe
++	am 18.6.53	5 Grossbetr.	22 Mittelbetr.	7 Kleinbetriebe
+++	am 19.6.53	im Bezirk Cottbus 7 Betriebe mit 380		

Arbeitern.

Parolen:

am 17.6.53	"Herabsetzung der Normen" "40%ige Herabsetzung der HO-Preise" "Generalstreik" "Nieder mit der SED" "Sturz der Regierung" "Solidaritätsstreik mit Berlin" "Freie Wahlen in ganz Deutschland"
Am 18.6.53	ebenfalls die vorstehenden und weitere "Aufhebung des Ausnahmezustandes" "Gleichstellung von volkseigenen und privaten Betrieben" "Keine Bestrafung der Kollegen, die sich zu Sprechern der Kollegen gemacht haben" "Freilassung der politischen Häftlinge"

Festnahmen von Streikleitungen:

Rostock	6
Schwerin	=
Neubrdbg.	2
Potsdam	10
Frankfurt/O.	1
Cottbus	Zahlen können noch nicht angegeben werden
Halle	ebenfalls noch nicht
Magdeburg	2
[Uebertrag	21]
Erfurt	5
Gera	6
Suhl	=
Leipzig	21

Dresden	=
Karl-Marx-St.	=
Mithin	53

Eindringen in öffentl. Gebäude:

<i>Bezirk:</i>	<i>am 17.6.53</i>	<i>am 18.6.53</i>
Dresden	25	2
Leipzig	12	=
Gera	9	=
Halle	35	=
Magdeburg	45	=
Rostock	1	=
Insgesamt	125	2

Von diesen öffentlichen Gebäuden waren

	<i>17.06</i>	<i>18.06</i>
Kreisräte	11	=
Bürgermeistereien	14	1
Bezirksleitg. der Partei	1	=
Kreisleitungen der Partei	7	1
Dienststellen der FDJ	8	=
Dienststellen des FDGB	6	=
BdVP	1	=
VPKÄ	4	=
Sonstige VP-Dienststellen	8	=
Haftanstalten	9	=
Dienststellen des MfS	2	=
Sonstige Gebäude (Gerichte, Finanzämter, MTS, Erholungsheime, Kulturhäuser, Redaktionen usw.)	54	=
insgesamt	125	2

Gefangenenbefreiungen:

<i>Bezirk:</i>	<i>gewaltmässig befreit</i>	<i>ergriffen</i>
Potsdam	42	36
Halle	464	464
Magdeburg	315	247
Dresden	417	324

Gera	59	43
Stand v. 23.6.53	1.297	1.060

In folgenden Bezirken kam es zum Gebrauch von Schusswaffen:

Bezirk Dresden	1
Bezirk Leipzig	1
Bezirk Halle	2 (Haftanstalten)
Bezirk Rostock	1
<i>insgesamt</i>	<i>5</i>

Auswirkungen des Schusswaffengebrauches:

<i>Bezirk:</i>	<i>VP-Angeh. uDemonstranten: Personen unserer Seite:</i>				
	<i>tot</i>	<i>schwerverletzt</i>	<i>leichtv.</i>	<i>tot</i>	<i>verletzt</i>
Potsdam	1	2	8	--	1
Cottbus	=	=	4	=	=
Dresden	=	8	3	=	3
Leipzig	1	1	31	5	7
Halle	=	8	27	6	30
Magdgbg.	3 (dav. 1 MfS)	3	9	3	=
Gera	1	=	1	=	=
Berlin	=	64	204	unbekannt	unbekannt
<i>insgesamt</i>	<i>6</i>	<i>86</i>	<i>287</i>	<i>14</i>	<i>41</i>

Schusswaffenverluste:

Stand vom 22.6.53 – 18.00 Uhr:

<i>Bezirk:</i>	<i>Pistolen:</i>	<i>Karabiner:</i>	<i>KK-Gewehre:</i>
Potsdam	11	4 (2)	=
Dresden	3	3 (1)	=
Leipzig	11	9	=
Halle	45 (20)	6	=
Magdeburg	17 (1)	9 (2)	2
Gera	8 (1)	=	=
<i>insgesamt:</i>	<i>95 (22)</i>	<i>31 (5)</i>	<i>2</i>

(Die in Klammern angeführten Zahlen von Waffen besagen, dass diese Zahl wieder aufgefunden bzw. sichergestellt werden konnte)

Sichergestellte Hetzmaterialien:

<i>Bezirk:</i>	<i>Anzahl:</i>	<i>Inhalt:</i>
<i>Potsdam:</i>		
	Wildau	Hetzte gegen die SU

	Trebbin	100	Hetze gegen die SU
	Wensickendorf	500	Hetze gegen die SU
<i>Frankfurt/O.:</i>			
	Strausberg	300	Hetze gegen die SU
<i>Dresden:</i>			
	Riesa	10	Hetze gegen die Regierung
	Meißen	3	Hetze gegen die Regierung
	Görlitz	6	Hetze gegen die Regierung
	Dresden	9	Hetze gegen die Regierung
<i>Leipzig:</i>	Grimma	23	Aufruf zum Generalstreik
<i>Karl-Marx-Stadt:</i>			
	Aue	400	Hetze gegen die SED
	Stollberg	5	Aufruf zur Demonstration
	Zwickau	3	Aufruf zum Streik
	Marienberg	15	Aufruf zum Streik
	Glauchau	7	Hetze gegen die Regierung
	Schwarzenberg	5	Hetze gegen die Regierung
	Freiberg	85	Hetze gegen die SU
<i>Gera:</i>			
	Ziegenrück	3	Senkung der Normen und HO-Preise
<i>Suhl:</i>			
	Grossmannsreuth	3.000	Hetze gegen die SED
<i>Halle:</i>			
	Eisleben	3	Aufruf zum Generalstreik
<i>Magdeburg:</i>			
	Haldensleben	2	Flugblätter

<i>Bezirk Cottbus:</i>		1.000	Hetze gegen die DDR
<i>Neubrandenburg.</i>		9	Netze geg. die SU
	Porat	30	Hetze geg. die SU
<i>Berlin:</i>		In sämtl. Stadtbezirken wurden Flugblätter, die Hetze geg. die Regierung der DDR und gegen die Sowjetunion beinhalteten, verstreut. Anzahl nicht übersehbar.	

Stand vom 18.6.53

Angriffe auf Verkehrsmittel:

<i>Bezirk:</i>	<i>Anzahl:</i>	<i>Art des Angriffs:</i>
Cottbus:		
Lauchhammer	3	Einschlagen von Scheiben in Omnibussen
Frankfurt/O.:	3	ebenfalls
Strausberg		

Stand vom 18.6.53

Zahl der VP-Angehörigen, die sich in diesen Tagen als unfähig erwiesen haben und in ihrem Arbeitsgebiet abgelöst wurden bzw. noch abgelöst werden müssen:

a) VP-Angehörige der BdVP	15 (9 Offz. 6 Wm.)
b) VP-Angehörige der VPKÄ	86 (10 Offz. 76 Wm.)

Stand vom 23.6.53

Festnahmen:

In der Zeit vom 17.6.1953 bis 20.6.53 24.00 Uhr wurden insgesamt

2.687 Personen

Festgenommen. Von diesen wurden 1.100 Personen den Verwaltungsstellen des MfS übergeben. An die Kommandanten der sowjetischen Truppen wurden 142 Personen übergeben. Freigelassen wurden 370 Personen. Bei der Volkspolizei verblieben 1.075 Personen.

Es wurden 119 Verfahren von der Untersuchungsabteilung abgeschlossen und dem Staatsanwalt mit Vorgang übergeben. Im Laufe des 22.6.53 fanden bei den Bezirksgerichten bereits die ersten Prozesse statt. Gegen 514 Personen wurden Verfahren eingeleitet. 561 Personen sind noch in Haft, gegen die noch kein Verfahren eröffnet wurde.

Von den 1.075 Festgenommenen, deren Verfahren von der Volkspolizei zu bearbeiten sind, befinden sich noch 720 ohne richterlichen Haftbefehl in Haft.

Da gegen eine grosse Zahl der Festgenommenen Verfahren noch nicht eingeleitet wurden und auch bei der Uebergabe von Festgenommenen an andere Dienststellen die soziale und politische Zugehörigkeit der Festgenommenen nicht registriert wurde,

sind nachfolgend unvollständige Zahlen zustande gekommen:
 Von den 1783 Festgenommenen sind

Arbeiter	1261	70,7%
Angestellte/Intellektuelle	233	13,1%
Selbst. Handwerk, Gewerbetreibende und ähnliche	95	5,4%
Großbauern	17	0,9%
Klein- und Mittelbauern	55	3,0%
Genossenschaftsbauern	10	0,6%
Sonstige	112	6,3%
Mitgl. der SED	118	6,6%
Mitgl. der bürgerl. Parteien	81	4,6%
Mitgl. der FDJ	134	7,5%
Parteilose	1450	81,3%

Von 302 in Halle Festgenommenen, bei denen die Parteizugehörigkeit überprüft wurde, sind 17 = 5,8% Mitglied der SED, in Leipzig bei 606 Festgenommenen 43 = 7% Mitglied der SED, in Magdeburg bei 271 Festgenommenen 30 = 11% Mitglied der SED.

In den obengenannten Zahlen sind die Festnahmen des PdVP Berlin nicht enthalten. Die Anzahl der festgenommenen Personen hat sich bis zum 22.6.53 – 18 Uhr auf 6.057 Personen

Erhöht. Davon

Bürger der DDR einschl. Berlin–demokrat. Sektor	5.777
Bürger Westdtschld.	42
Bürger Westberlins	238

Von diesen Personen wurden

187	dem Kommandanten der Sowjet. Armee
1.622	den Verwaltungsdienststellen des MfS und
309	den Gerichten

übergeben.

1.684 verblieben bei der VP.

Freigelassen wurden 1.508 Personen.

Im Durchgangslager befinden sich von den o.a. Festgenommenen 747 Personen.

In Fahndung gestellt wurden 157 Personen, die sich an den Provokationen beteiligten.

Festn.	ab an MfS	ab an Kdtr.	Freil.	Eins. o. Haftbf.	ab an StA	Verf. d. d. VP	Festn. wo kein Verf. eingel. wurde
--------	--------------	----------------	--------	---------------------	--------------	-------------------	--

Frankf.	106	103	=	1	1	=	=	1
Halle	589	309	24	102	109	3	89	62
Erfurt	160	136	2	18	2	=	3	=
Suhl	1	1	=	=	=	=	=	=
Siegm-Sch.	2	2	=	=	=	=	=	=
Cottbus	83	23	2	6	31	2	38	3
Gera	210	108	12	85	=	1	4	=
Karl-M-St.	5	4	=	1	=	=	=	=
Neubdg.	42	32	=	3	4	1	7	=
Dresden	231	71	23	5	14	49	87	3
Leipzig	606	61	24	42	436	50	87	405
Magdeburg	399	87	53	69	98	10	179	71
Potsdam	152	124	=	1	9	1	18	=
Rostock	94	34	2	36	16	2	1	16
Schwerin	7	5	=	1	=	=	1	=
Insgesamt	2687	1100	142	370	720	119	514	561

Hier nach: Bundesarchiv Berlin, BArch, DO1-11/304, Bl. 206-221, Original.

Faksimile

Die 32 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: BArch, DO1-11/304, Bl. 206-221, Original.

© Faksimile. Bundesarchiv Berlin (BArch) 2004.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0017_hva.pdf

Datum: 20. September 2011 um 19:52:50 Uhr CEST.

© BSB München
